



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

APRIL 2020



THEMEN

ESKALATION IN SYRIEN * BERATERAFFÄRE * BREXIT *
RAMSTEIN AIR BASE * AUS DER REGION * KLIMA UND
UMWELT * BUNDESTAGSREDEN



INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 05 ESKALATION IN SYRIEN * BERATERAFFÄRE
Seite 06 BREXIT * RAMSTEIN AIR BASE Seite 07 AUS DER
REGION Seite 09 KLIMA UND UMWELT Seite 11 BUNDESTAGSREDEN



**LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,
LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,**

hiermit erhalten Sie die 18. Ausgabe der Infopost mit Informationen zu meiner Arbeit vom letzten halben Jahr. Anders als bei sonstigen Katastrophen hat sich Corona nicht von einem Tag auf den anderen ereignet. Trotzdem gibt es sicher bei jedem von uns so einen bestimmten Zeitpunkt, an dem man realisiert hat, dass dieser Virus auch in unser Leben eingetreten ist. Bei mir war das der 10. März – ein Dienstag in der Sitzungswoche, an dem morgens Trump einen Einreisestopp für Europäer verhängte und die Schule meines Sohnes als eine der ersten wegen eines konkreten Falles geschlossen wurde. Das war der Tag, an dem ich begonnen habe, lang geplante Termine und Veranstaltungen abzusagen.



Stattdessen dominieren die Videokonferenzen unseren Arbeitsalltag.



Bis zur Bundestagssitzung am 25. März mussten wichtige gesetzgeberische Entscheidungen getroffen werden und die gute Nachricht mal zuerst: Unsere parlamentarische Demokratie ist auch in der Krise handlungs- und entscheidungsfähig. Wir brauchen kein Notparlament und keinen Generalausschuss! Im Gegenteil: Da die Regierung wegen der Abweichung von der Schuldenbremse auf eine Kanzlermehrheit angewiesen war, wurde auch die Opposition bei der Entscheidungsfindung besser eingebunden als sonst. Dadurch konnten wir auch effektiv einige Verbesserungen durchsetzen und Schlimmeres verhindern: So haben wir erreicht, dass die epidemische Lage im Infektionsschutzgesetz, die zu sehr weitgehenden Ermächtigungen des Gesundheitsministers führt, nicht durch die Regierung, sondern durch das Parlament festgestellt wird und durch dies auch wieder aufgehoben werden kann. Außerdem haben wir die generelle Befristung dieses Gesetzes auf ein Jahr durchgesetzt. Als Rechtspolitikerin war ich ansonsten mit den Änderungen im Schuldrecht, im Insolvenzrecht, im Mietrecht und in der Strafprozessordnung vorrangig befasst. ► [Hier](#) finden Sie die Kurzbewertung des Corona Gesetzespaketes aus grüner Sicht.

Ich bin jedenfalls zunächst einmal erleichtert, dass es uns gelungen ist, kurzfristig Gelder für schnelle Hilfen bereit zu stellen – vor allem auch für KurzarbeiterInnen, KleinunternehmerInnen, KünstlerInnen und So-losebständige.



Die Ausgangsbeschränkungen haben in den folgenden zwei Wochen bis Ostern tatsächlich dazu geführt, dass die Geschwindigkeit der Verbreitung deutlich gebremst werden konnte. Und das ist letztlich der Grund für alle diese Maßnahmen: Durch die extrem schnelle Verbreitung drohte die Überlastung des Gesundheitssystems wie bspw. in Italien. Nicht die Infiziertenzahlen oder die Todeszahlen insgesamt sind die wirklich wichtigen Daten, sondern das Verhältnis der ernsthaft Erkrankten zu den verfügbaren Behandlungsplätzen.

Darauf ist auch zu achten, wenn wir in den nächsten Tagen über Art und Umfang von Lockerungen und Präventionsmaßnahmen diskutieren werden. Jede gesundheitspolitische Maßnahme gehört auf den parlamentarischen Prüfstand, um die Einschränkung von BürgerInnen-Rechten so gering wie möglich zu halten. Denn all die schweren Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte müssen stets geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Das kann durchaus die Pflicht zum Tragen von Schutzmasken sein



oder die Nutzung einer freiwilligen App zur Weitergabe von Warnmeldungen. Anders verhält es sich mit einer verpflichtenden App. Allerdings halte ich auch die dauerhafte Schließung sämtlicher Schulen bis zu den Sommerferien für einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte der Kinder. Die Herausforderung dieser Abwägungsfragen wird uns noch eine Weile begleiten. Im Rechtsausschuss habe ich mich mit meinen grünen Kolleginnen daher auch in den letzten Tagen und Wochen intensiv mit den Anforderung an den Rechtsstaat in Corona-Zeiten auseinandergesetzt und die Maßnahmen der Regierung einer kritischen Prüfung unterzogen.

Lesen Sie ► [hier](#) unseren Antrag „Recht und Justiz krisenfest gestalten“, den wir diese Woche auf den Weg gebracht haben.

Hinzu kommt die europäische und internationale Dimension der Herausforderung. Frankreich, Italien und Spanien reagieren mit zunehmendem Unverständnis auf die Blockade gemeinsamer Anleihen, die wir Grünen bereits in der Finanzkrise gefordert hatten und die nun im Zusammenhang mit Corona ja nur als einmalige anlassbezogene Anleihe gefordert wird. Die Evakuierung der unbegleiteten Minderjährigen von den griechischen Inseln muss jetzt nicht trotz Corona, sondern erst recht wegen Corona erfolgen!

Außerdem dürfen wir nicht nachlassen die Aufstockung der humanitären Hilfe für die ärmsten Länder und den humanitären Zugang zu Betroffenen in Kriegen – und Krisenregionen einzufordern.

► [Hier](#) finden Sie ein AutorInnenpapier zu den globalen Herausforderungen, das ich mit meinen Kolleginnen veröffentlicht habe.

In der laufenden Sitzungswoche steht neben der Debatte über die Rücknahme von Beschränkungen die kritische Überprüfung des Corona Gesetzespaketes an. Eins steht dabei jetzt schon fest: Der Bundestag wird seine Kontrollfunktion ausüben und die kritischen Entscheidungen nicht der Regierung überlassen!

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Katja Keul





AUS MEINER ARBEIT IN BERLIN



WEITERE ESKALATIONEN IN SYRIEN

Die im Dezember 2019 begonnene Offensive der syrischen Armee mit Unterstützung Russlands und Verbänden Iran-naher Milizen auf die Provinz Idlib hat zu unermesslichem Leid in der Zivilbevölkerung geführt. Nun spielt sich in Idlib vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine der größten humanitären Katastrophen des Syrienkriegs ab. Auch wenn der aktuelle Fokus daher auf der Region Idlib liegt, darf nicht vergessen werden, dass die Opfer ethnischer Vertreibungen aus den kurdischen Gebieten im Norden Syriens nach wie vor in Lagern festsitzen und nicht in ihre Häuser und Heimatgemeinden zurückkehren können. Die türkische Militäroffensive dort ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung und eine bewusste Eskalation des Konflikts. Die Bundesregierung bezeichnet den Einmarsch nach einigem Zögern zwar als völkerrechtswidrig, aber findet keine geeigneten Maßnahmen, um einen echten internationalen Friedensprozess zu unterstützen.

Den Antrag der Bundestagsfraktion zur Militäroffensive der Türkei finden Sie [▶ hier](#).

▶ [Hier](#) finden Sie meine Zwischenfrage zum Einmarsch der Türkei an Außenminister Maas.

Sehen Sie hier [▶ hier](#) die Antwort der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf meine Frage zur ethnischen Vertreibung in Nordsyrien.

Zur Aufnahme von Schutzbedürftigen aus dem Mittelmeerraum finden Sie [▶ hier](#) einen Antrag.

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUR BERATERAFFÄRE IM VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) kam nach einem halben Jahr mit der Befragung von Frau von der Leyen und Frau Suder zum Ende der Beweisaufnahme. Die beiden waren im Verteidigungsministeri-

um angetreten, um das Beschaffungswesen zu modernisieren und dafür zu sorgen, dass das Ministerium der Industrie künftig auf Augenhöhe begegnet. Warum sie gescheitert sind und welche Rechtsverstöße dabei begangen wurden, habe ich in meinem Kurzbericht über die Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss zusammengefasst.

Lesen Sie hier [► hier](#) meinen Bericht vom Untersuchungsausschuss.

LONDON-REISE: BREXIT, „BLAME GAME“ UND VERFASSUNGSKRISE



Im Rahmen einer Delegationsreise des Bundestages nach London erhielt ich vom 07. bis 10. Oktober 2019 Einblicke hinter die Kulissen des britischen Parlamentarismus, der auf eine der längsten demokratischen Traditionen weltweit zurückblicken kann. Wir sprachen mit ExpertInnen und Parlamentsangehörigen über die aktuelle politische Lage im Zeichen des Brexit, lernten den Arbeitsalltag der ParlamentarierInnen kennen und erlebten die Krise des britischen Parlamentarismus hautnah mit.

Lesen Sie [► hier](#) meinen Reisebericht aus London.

KEINE NUTZUNG DER RAMSTEIN AIR BASE FÜR VÖLKERRECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

Die Ramstein Air Base nahe Kaiserslautern dient schon länger den Streitkräften der USA als Satelliten-Relaisstation für die Einsätze von Kampfdrohnen in Afrika und im Mittleren Osten. In Zusammenhang mit solchen Kampfdrohneinsätzen hat das Oberverwaltungsgericht NRW festgestellt, dass die Bundesregierung aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Schutzpflicht genauere Nachforschungen anstellen und eine völkerrechtswidrige Nutzung ausschließen muss. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil die Bundesregierung Revision eingelegt hat.

Finden Sie [► hier den Antrag](#) und [► hier die Rede](#) dazu.



AUS DER REGION

MASSNAHMENGESETZVORBEREITUNGSGESETZ: VERFASSUNGSWIDRIG



Rede auf der Berlindemo
der BI Auetal
(Foto: Thomas Breck)

Der Neubau einer ICE-Trasse durch meinen Wahlkreis beschäftigte Anfang Januar auch den Bundestag. Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz, kurz MgVg, soll Planungsverfahren für Verkehrsprojekte beschleunigen. Die Grünen lehnen das Gesetz ab, da es die Bürgerrechte einschränkt und weder die Planung beschleunigt, noch die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht.

Meine Rede auf der Demo der BI Auetal finden Sie [► hier](#).

[► Hier](#) geht es zum Entschließungsantrag der Grünen.



IM DIALOG MIT DER BUNDESWEHR



Rede vor dem
Bundeswehrverband
(Foto: Büro Keul)

Erneut hatte ich die Gelegenheit beim einem Neujahrsempfang des Bundeswehrverbandes die Hauptrede halten zu können: diesmal bei den Heeresfliegern in Bückeburg. Ich habe grüne Positionen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik dargelegt und trotz der kritischen Haltung viele positive Rückmeldungen erhalten.

Lesen Sie ► [hier](#) meine Rede vor dem Deutschen Bundeswehrverband in Vehlen.

NEUJAHRSEMPFANG IN NIENBURG UND DIEPHOLZ



Beim Neujahrstreff der Nienburger Grünen konnten wir unsere stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin Ricarda Lang begrüßen, die sich gegen Hate Speech und Hetze im Netz aussprach.



Mit unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ricarda Lang beim Nienburger Neujahrsempfang.
Foto: Peter Schmithüsen



Am diesjährigen Neujahrsempfang der Diepholzer Grünen nahm neben mir und meinem Landtagskollegen Helge Limburg auch unser Europaabgeordneter Sven Giegold teil und berichtete eindrucksvoll über das Klimaprogramm der Europäischen Union.

Lesen Sie [► hier](#) den Bericht über den Diepholzer Neujahrsempfang im Weserkurier.

KLIMA UND UMWELT



► NEUE DÜNGEVERORDNUNG

Die neue europarechtskonforme Düngeverordnung ist Anfang des Jahres endlich verabschiedet worden. Sie dient dem Gewässerschutz. Doch bei vielen Themen wie dem Insektensterben oder dem Einsatz von Pestiziden sind die Fronten zwischen Landwirten und grüner Politik verhärtet. Dies wurde auch bei einer Diskussionsrunde in Loccum deutlich, an der ich Ende des Jahres teilnahm. Weniger Tiere und pro Tier einen besseren Preis, das ist der Weg, den wir zukünftig gehen müssen.

Den Artikel dazu im „Blickpunkt“ können Sie [► hier](#) lesen.

Unsere Bewertung der Novelle der Düngeverordnung finden Sie [► hier](#).

► DIE ENERGIEWENDE KOMMT



Mit Dieter Ahrens
unseren Elektromobilen.
(Foto: Büro Keul)

Auch heimische Unternehmen arbeiten an innovativen und umsetzbaren Lösungen. Davon konnte ich mich bei meinem Besuch des Schaumburger Unternehmens Ahrens überzeugen. Doch der Energiedeckel verhindert den



Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass der Solardeckel entgegen der Zusagen bis heute nicht aufgehoben worden ist!

Hintergründe und Gesprächsinhalte finden Sie [► hier](#).

► SAMMELAKTION FÜR ALTE HANDYS

Die Digitalisierung schreitet voran und der Müllberg von Elektrogeräten wächst. Daher habe ich an einer bundesweiten Sammelaktion für alte Handys in meinem Wahlkreisbüro teilgenommen. Die Aktion wurde gut angenommen und die Geräte zum fachgerechten Recyclen eingesandt. Aufgrund der hohen Beteiligung und Nachfrage habe ich entschieden, dass auch weiterhin Mobiltelefone in meinen Wahlkreisbüros abgegeben werden können.



Wiederverwendet
oder recycelt: abge-
gebene Handys im
Stadthäger Büro
(Foto: Büro Keul)

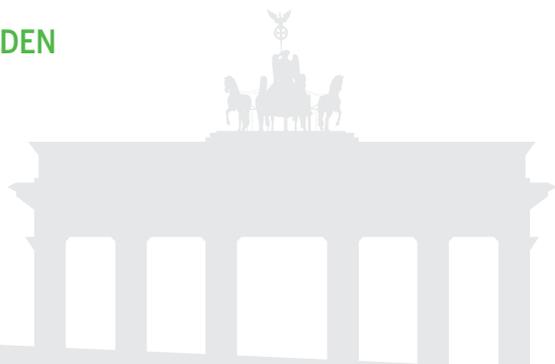


Mehr Infos finden Sie [► hier](#).





BUNDESTAGSREDEN



- ▶ Rede Stiefkindadoption am 13.02.2020
- ▶ Rede zur Ächtung autonomer Waffensysteme am 31.01.2020
- ▶ Rede US-Stützpunkt Ramstein am 16.01.2020
- ▶ Rede über Beschaffung von Kampfdrohnen am 20.12.2019
- ▶ Rede zu § 219a am 14.12.2019
- ▶ Rede Haushalt: Einzelplan Justiz am 28.11.2019
- ▶ Rede über die Erhöhung des Verteidigungsetats am 27.11.2019
- ▶ Rede zu Rüstungsexporten am 14.11.2019
- ▶ Rede zu Aktionärsrechten am 14.11.2019
- ▶ Rede zur Reform der Zivilprozessordnung am 14.11.2019
- ▶ Rede zum Entschädigungsgesetz am 07.11.2019

Hinweis: Die Links zu den Reden verweisen auf meinen Youtube-Kanal.
Es gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen von Youtube.

Weitere Reden finden Sie unter:

www.bundestag.de/mediathek

www.katja-keul.de/reden/reden-2020

► www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591

Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB

Wallstraße 2a, 31582 Nienburg

T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56

Katja.Keul.WK@bundestag.de

STADTHAGEN

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB

Gartenstraße 2, 31655 Stadthagen

T: 05721 / 8901978, F: 05721 / 8901977

Katja.Keul.WK@bundestag.de

Bildnachweise: Archiv/Privat; Titelbild ©Tobias G. Sommer / Shutterstock.com; pixabay;